



Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Ausgabe 5/2005

24. Juni 2005

GdP begrüßt Einigung über Lauschangriff

Freiberg: Vernunft siegt über Parteitaktik

Freie Fahrt für Diensthunde

München - Wie die Deutsche Bahn AG mitteilt, dürfen Polizeibeamte in Uniform Diensthunde kostenfrei in den Zügen der DB mitnehmen. Die Deutsche Bahn betont jedoch, dass im öffentlichen Personenverkehr die Hunde angeleint und mit einem „geeigneten Maulkorb“ versehen sein müssen. Ansonsten steht einer kostenlosen Reise mit dem Diensthund nichts entgegen.

Sozialwerk der GdP Bayern GmbH



SW Touristik
SW Medical
SW Auto
Mobilfunk

Besuchen Sie uns
auf unserer Homepage
www.swbayern.de

Berlin - (gdp) Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt die Einigung des Vermittlungsausschusses zur Neuregelung der akustischen Wohnraumüberwachung. Konrad Freiberg, GdP-Bundesvorsitzender: „Es ist beruhigend zu wissen, dass in einer zentralen Frage der Inneren Sicherheit Deutschlands die Vernunft über parteipolitische Taktiken gesiegt hat. Damit haben Regierung und Union ein unverantwortbares Risiko für die Innere Sicherheit in Deutschland abgewendet.“ Ermittlungen gegen Terroristen und Schwerstkriminelle wären ansonsten ab Ende des Monats erheblich erschwert worden.

Der so genannte Lauschangriff sei, so die GdP, oft das einzige Mittel, Informationen insbesondere aus ethnisch geschlossenen Kreisen der Organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus zu gewinnen.

Freiberg: „Wie die Lagebilder, Ermittlungen und Festnahmen der letzten Monate zeigen, ist Deutschland weiterhin Aktionsgebiet islamistischer Gefährder und organisierter Schwerekrimineller. Die Verfolgung dieser Straftäter kann die Polizei nur durch die gesetzliche Rückendeckung der Politik erfolgreich führen.“

Nach der Einigung zum Lauschangriff fordert die GdP auch die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung und eine für die Sicherheitsbehörden handhabbare Islamistendatei. Freiberg: „Trotz des dringenden Handlungsbedarfs bei rechtlichen Regelungen darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Polizei eine erheblich bessere Personalausstattung benötigt.“ Dieses Signal für mehr Sicherheit müsse jedoch vor allem von den Bundesländern ausgehen.

Anstieg des Krankenkassenbeitrages für Arbeitnehmer

gdp - Der Krankenkassenbeitrag wird zum 1. Juli 2005 um 0,9 % gesenkt. Bei einem derzeitigen Krankenkassenbeitrag von z.B. 14,7 % ergäbe sich daraus ein neuer Beitragssatz von 13,8 %, den sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach bisheriger Handhabung jeweils anteilig zu 6,9 % teilen sollen.

Da Arbeitgeber und die Rentenversicherungsträger wegen der hohen Lohnnebenkosten in Deutschland entlastet werden sollen, muss von dem Arbeitneh-

mer-Anteil von 6,9 % noch ein zusätzlicher Solidarbeitrag von 0,9 % geleistet werden, um eben die Arbeitgeber und Rentenversicherungsträger zu entlasten. Zukünftig trägt daher der Arbeitnehmer z.B. 7,8 % statt bisher 7,35 %. Das heißt, der Arbeitnehmer zahlt ab dem 1. Juli unter dem Strich 0,45 % mehr Abgaben an die Krankenkassen.

Bei einem Bruttogehalt von 2.000 € schlägt dies mit monatlich knapp zehn Euro mehr deutlich zu Buche.

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/5783388-50
Telefax: 089/5783388-9050



JUNGE GRUPPE bei der CSU-Fraktion im Landtag

von Birgit Eberheißinger, Landesjugendvorsitzende

gdp - Am 07.06.2005 traf sich eine Delegation der JUNGE GRUPPE turnusgemäß mit der CSU Fraktion im Maximilianeum. Beim Gespräch waren MdL Rudi Peterke und MdL Henry Schramm anwesend. Von der JG nahmen Harry Kozuch, Nicole Härtel und Birgit Eberheißinger teil.

Aufgrund einer Ausschusssitzung war die Zeit der CSU-Fraktion begrenzt, sich unseren Problemen zu widmen. Daher konnten wir nur sehr wenige Themen ansprechen. Die Atmosphäre war aufgrund der zeitlichen Problematik angespannt. Im Gegensatz zur SPD-Fraktion, die ja bekanntlich bei der Zweidrittelmehrheit der CSU wenig zu sagen hat, kam uns bei diesem Gespräch eher die „Bittstellerrolle“ zu. Nun aber zu den Themen:

Unsererseits wurde erneut versucht, die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV), wie in den anderen Bundesländern auch, in Bayern bei der Polizei einzuführen. Hier stießen wir auf

keinerlei Verständnis. Die Auszubildenden seien nach Ansicht der CSU-Fraktion durch den jeweiligen örtlichen Personalrat in ihren Bepo-Standorten ausreichend vertreten. Unsere Minimalforderung, dass die Seminar- und Einsatzhundertschaftssprecher zumindest ein Stimmrecht im örtlichen Personalrat erhalten, stieß dann, vermutlich aus haushaltspolitischen Erwägungen, eher auf verhaltene Zustimmung.

Unsere Resolution zur Faktorisierung der Arbeitszeit im Schichtdienst (Landesjugendkonferenz 2004 in Burg Hoheneck), wurde schlichtweg abgelehnt. Dies sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt einfach nicht umsetzbar. Die Türe ist hier unserer Einschätzung nach aber nicht gänzlich geschlossen und wir bleiben in diesem für alle wichtigen Punkt unserem Motto treu: „Steter Tropfen höhlt den Stein!“.

Die Übernahme der geleisteten Nachtdienststunden ins neue Jahr, wurde uns als kleines „Zuckerl“, das

man uns doch für den Schichtdienst zugestehen wollte, in Aussicht gestellt. Uns bleibt die Hoffnung, dass diese Zusage schnellstmöglich umgesetzt wird.

Des weiteren wurde das brisante Thema Internet-Chat mit Kindern angesprochen. Beide Abgeordnete zeigten sich erstaunt und unwissend darüber, wie dreist sich die pädophile Täterszene entwickelt hat. Sie sicherten zu, hier aktiv zu werden, wollten aber die Zuständigkeit eher im Kulturbereich ansiedeln.

Bei unserem letzten Punkt, der Strukturreform, gab es dann eine große Überraschung. Wir konfrontierten die Abgeordneten mit den bisherigen Entwicklungen beim Pilotprojekt in Unterfranken. Zur Umsetzung der Reform müssten in Unterfranken sogar Kollegen eingestellt werden. Hier erklärte MdL Peterke sinngemäß: „Ach nur 12 Polizisten fehlen, das können wir ausgleichen!“ Auf unsere Feststellung, dass sich die Kosten bislang verdoppelt haben, erhielten wir die Antwort: „Es war vorauszusehen, dass die Kosten steigen werden!“ Auf Verwunderung unsererseits stieß dann die Erklärung zur Stärkung der Dienststellen an der Basis. Da ja kein einziger Kollege für die Basis frei wird, findet hier im Gegensatz zu den Beteuerungen des Innenministers keinerlei Stärkung der Dienststellen vor Ort statt. Hierauf erklärte MdL Peterke, dass das vom IM Beckstein so nicht gemeint war. Es sei ja schon eine Stärkung der Basis, wenn keine Dienststelle aufgelöst wird und das hätte die CSU-Fraktion erreicht. Ich denke, dass sich hier jeglicher Kommentar erübrigt.



v. l. n. r.: Nicole Härtel, MdL Henry Schramm, Landesjugendvorsitzende Birgit Eberheißinger, Harry Kozuch und MdL Rudi Peterke